

An den Vorsitzenden des
Verbandes der Privaten Hochschulen e.V.
Herrn Prof. Klaus Hekking
Bonhoefferstr. 1
69123 Heidelberg

Wahlprüfsteine

Mainz, 11. Dezember 2015

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender der
FDP Rheinland-Pfalz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Professor Hekking,

vielen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 18. November 2015 sowie Ihr Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz. Zu Ihren Fragen nehme ich sehr gerne wie folgt Stellung:

1. Halten Sie private Hochschulen zur Gewährleistung der Vielfalt an Bildungsangeboten und -trägern, bei denen Bürger unmittelbar mitgestalten können, für erforderlich?

Private Hochschulen ergänzen das staatliche Bildungsangebot und können als Vorbilder für Kooperationen mit Unternehmen, die Einwerbung privater Zuschüsse und die Mittelverwendung sein. Für die FDP Rheinland-Pfalz sind private Hochschulen essentiell für eine vielfältige Bildungslandschaft. Sie leisten einen enormen Beitrag bei der Abdeckung des oftmals sehr spezifischen Ausbildungsbedarfes der Wirtschaft. Aus Sicht der Freien Demokraten sind staatliche und private Hochschulen kein Gegensatz, sondern eine sinnvolle Ergänzung.

2. Sind Sie für ein Akkreditierungssystem, mit dem die Qualität in den privaten und staatlichen Hochschulen in Deutschland, rechtsstaatlich und in Übereinstimmung mit Art. 5 GG geregelt wird, z.B. durch einen Staatsvertrag der Länder?

Wir sind der Überzeugung, dass das System der Qualitätssicherung an Deutschlands Hochschulen grundsätzlich auf den Prüfstand gehört. Es stellt sich die Frage, ob und inwiefern Programm- und Systemakkreditierung die politisch gewünschten Effekte mit sich gebracht haben, oder ob die Fortentwicklung in Richtung Auditierung (wie in einigen Europäischen Staaten bereits implementiert) eine günstigere Ausgangslage für die Hochschulen bieten könnte. Grundsätzlich sind wir der Überzeugung, dass die Standards der Qualitätssicherung bundesweit, wissenschaftsfreundlich und rechtskonform umgesetzt werden sollten.

3. In den weltweiten Rankings der Hochschulen liegen die Staaten vorne, in denen es einen funktionierenden Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Hochschulen gibt. Sind Sie der Meinung, dass zur Verbesserung von Qualität und Effizienz der tertiären Bildung auch in Deutschland mehr Systemwettbewerb im Hochschulwesen herrschen sollte?

Für Freie Demokraten ist der Wettbewerb ein Element der Verbesserung und Optimierung von Strukturen. Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb ist aber, dass dieser nicht zu Lasten der Qualität der Ausbildung gehen darf. Qualitätsstandards sind gerade in der Ausbildung nicht verhandelbar. Sinnvoller Wettbewerb kann nach Ansicht der FDP Rheinland-Pfalz über spezifische Studienangebote, ein besonderes Studenumfeld oder aber auch durch eine besondere Exzellenz erfolgen.

4. Sind Sie insbesondere für eine nachhaltige Beteiligung der Privathochschulen am Hochschulpakt -in Rheinland-Pfalz und deutschlandweit -und unterstützen Sie unsere Forderung nach gleichberechtigter Beteiligung der Privathochschulen an staatlichen Programmen und Wettbewerben, gerade auch in Rheinland-Pfalz?

Die FDP Rheinland-Pfalz steht für ein faires und partnerschaftliches Verhältnis zwischen staatlichen und privaten Institutionen. Dies gilt auch für den Hochschulbereich. Die Benachteiligung privater Institutionen lehnen wir ab.

5. Sind Sie angesichts des deutlich gewachsenen Studentenanteils in den privaten Hochschulen für eine demokratisch angemessene Vertretung privater Hochschulen in wesentlichen Wissenschaftsgremien wie dem Wissenschaftsrat, dem Akkreditierungsrat usw.?

Da die in diesen Gremien getroffenen Entscheidungen auch Auswirkungen auf die privaten Hochschulen haben, sollten diese dort auch angemessen vertreten sein. Das Ziel der Freien Demokraten ist ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen privatem und staatlichem Bildungssektor. Unser Land braucht beide.

6. Wie stehen Sie angesichts immer knapper werdender öffentlicher Mittel für Bildung zu neuen Formen der Hochschulfinanzierung wie Subjektförderung (das Geld folgt den Studierenden)?

Die FDP hat sich stets für eine starke Subjektorientierung bei der Förderung von Bildung und Wissenschaft eingesetzt.

7. Sind Sie der Meinung, dass die Zulassungsregeln der Länder den Anforderungen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie entsprechen sollten?

Ja. Allerdings bleibt zu beachten, dass die Umsetzung aufgrund der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit durch die Länder erfolgen muss.

Mit freundlichen Grüßen

